



Europa und seinen Schutz wieder ernst nehmen

Von Jörg Radek, Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Europa „berührt“ uns nicht nur am Einkaufswagen. Das Europa des 20. Jahrhunderts war geprägt von Krieg, Konflikten und Vertreibungen. Aus dieser Erfahrung entwickelte sich ein kontrollfreier Raum von der ukrainischen Grenze bis zum Atlantik und vom Nordkap bis zum Mittelmeer.

Im Großteil dieser Staaten ist eine gemeinsame Währung eingeführt. Der Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten hat eine politische Entwicklung in Europa dokumentiert, die man selbst in kühnsten Träumen vor 60 Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. Der Amsterdamer Vertrag aus 1999 bestimmte, dass Europa nicht nur als Wirtschaftsraum weiterzuentwickeln ist. Spätestens seit dem Europäischen Rat in Tampere ist der sperrige Begriff des „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ geprägt. Mit einem Geflecht aus Verträgen, Arbeitsprogrammen und Aktionsplänen versuchte die EU in den letzten Jahren die Zusammenarbeit im Polizei-, Zoll- und Justizbereich sowie bei der Herausbildung einer koordinierten Asyl-, Einwanderungs- und Grenzsicherungspolitik anzustreben und auszubauen. Mit dem Schengener Übereinkommen wurden an den europäischen Binnengrenzen die Personenkontrollen abgeschafft. – Soweit die Ausgangssituation.

Bekämpfung illegaler Migration durch die Bundespolizei ist ein zentraler Beitrag zur Ausgestaltung der politischen Union in Europa. Mit 127 023 gestellten Asylanträgen im Jahr 2013 wird in Deutschland der höchste Stand seit 14 Jahren erreicht. Die im Rahmen des „Asylgrundrechtskompromisses“ im Jahre 1993 errichteten grenzpolizeilichen Hürden wurden durch den Wegfall der Grenzkontrollen

an den EU-Binnengrenzen im Dezember 2008 weitestgehend an die EU-Außengrenzen verlegt. Der ständige Anstieg von polizeilichen Feststellungen der illegalen Einreise nach Deutschland, die unverminderte Schlepperkriminalität und der massive Anstieg der Asylanträge – häufig nach erfolgter illegaler Einreise – machen deutlich, dass die Verlagerung der Verantwortung an die EU-Außengrenzen nicht wirkt. Eine Verbesserung dieser Situation ist auch deshalb nicht absehbar, weil gerade die Länder mit Schengen-Außengrenzen aus Gründen der Haushaltssanierung weiterhin massiv sparen müssen.

Das Konzept, dass die reicheren EU-Binnenländer ihre grenzpolizeiliche Verantwortung an die ärmeren Staaten an der EU-Peripherie weiterreichen, geht nicht auf.

Das deutliche Ansteigen der illegalen Migration nach Deutschland, die sehr spürbare Zunahme von grenzbezogenen Eigentumsdelikten in Großstädten und der Anstieg von Drogendelikten machen deutlich, dass das Schengener Kontrollsystem nicht ausreichend funktioniert. Vor allem der Anstieg grenznaher Eigentumsdelinquenz führt zu einer deutlichen Verunsicherung der Menschen in den Grenzregionen.

Es wäre grundfalsch, der Eigentumsdelinquenz, die doch die Menschen massiv in ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt, oder gar dem zutiefst verachtenswerten Delikt des Menschenhandels nicht ganz entschieden entgegenzutreten.

Freizügigkeit hat dort ihre Grenzen, an denen sie das Sicherheitsempfinden der Menschen berührt. Der Raum der Freiheit und Sicherheit schafft Tatmöglichkeiten. Aufgrund seiner



Foto: M. Zielsako

wirtschaftlichen Stärke wird Deutschland verstärkt Zielland dieser Entwicklung.

Es ist jetzt notwendig, dass sich die deutsche Politik ganz offen mit diesen zuwachsenden Problemen auseinandersetzt. Weiter aufwachsende Kriminalität und weiter zunehmende illegale Migration wird dem Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Staaten deutlich mehr Schaden als verstärkte Präsenz an den Binnengrenzen. Der Anstieg illegaler Migration – mit seinen negativen Folgeerscheinungen – kann den europäischen Integrationsprozess deutlich belasten.

Wir sehen erste ernste Anzeichen für gesellschaftliche Verwerfungen, die mit der Entwicklung Anfang der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts durchaus vergleichbar sind.

Eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung funktioniert allgemein nur mit einer präsenten Polizei, unabhängig ob im Grenzgebiet oder in der Fläche. Folge der Reform der

Fortsetzung auf Seite 2



KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 1

Bundespolizei ist u. a. der Stellenabbau an den Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarn. Der Anstieg grenznaher Eigentums kriminalität führt zu einer deutlichen Verunsicherung der Menschen in den Grenzregionen. Grenzbezogene Kriminalität – mit grenzpolizeilicher Präsenz auch an den Binnengrenzen – zurückzudrängen, ist dabei ein wichtiges Mittel. Intensive Überprüfung und das tatsächliche Zugewesen sind nur mit Personal möglich. Dazu ist es erforderlich, Einsparungen zu stoppen und erhöhte Neueinstellungen vorzunehmen.

Wir erwarten hier dringend klare, zukunftsorientierte politische Entscheidungen. Die Verantwortung hierfür liegt in Berlin und nicht in Straßburg.

Kriminalität macht weder vor nationalen Grenzen, noch vor Bundesländergrenzen oder Regierungsbereichen halt. Eine effektive und länderübergreifende Bekämpfung der grenzüberschreitenden und organisierten Kriminalität ist nur möglich, wenn sich national und international noch besser abgestimmt wird. Den politischen Lippenbekenntnissen zu Wahlkampfzeiten sollten Taten folgen. Es bedarf auf europäischer Ebene eines wesentlich besser abgestimmten Einwanderungs- und Sicherheitskonzepts. Die Ängste und Sorgen der hier lebenden Menschen müssen genau so ernst genommen

werden wie die Hoffnungen und Bedürfnisse derjenigen, die auf der Suche nach etwas mehr Wohlstand und Sicherheit sind. Eine Integrationspolitik zur gesellschaftlichen Bewältigung der notwendigen Zuwanderung nach Deutschland muss sich mit einer besseren polizeilichen Strategie zur Bekämpfung illegaler und mit kriminellen Methoden betriebenen Zuwanderung paaren. Gerade deshalb ist es dringend geboten, auch mit wirksamen Binnenkonzepten dagegen anzutreten. Ein zukunftsfähiges Europa muss von den in Europa lebenden Menschen als sozial gerecht und insgesamt sicher wahrgenommen werden.

Europa wird aber nicht an der Einrichtung zeitlich befristeter polizeilicher Präsenz scheitern. Europa ist viel mehr gefährdet, wenn alle Menschen diesen gemeinsamen Raum nicht als sicher annehmen können.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

GLÜCKWUNSCH

Foto: GdP

Anfang Februar 2014 in Frankfurt am Main: Die dreijährige Helena (im Bild rechts auf dem Arm ihrer Mutter) erhält den ausgelobten Preis des Verlags Deutsche Polizeiliteratur (VDP) – Bundespolizei – zum VDP-Themenmalbuch rund um den Flughafen aus den Händen des VDP-Mitarbeiters Ernie Hermann.

Mit dabei: Der Vorsitzende der Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Martin Schmitt (links im Bild). Und natürlich handelte es sich bei dem Haupt-

gewinn sinnigerweise um ein großes Spielflugzeug mit kleiner Flughafen-Themenlandschaft. Und auch ein GdP-Verkehrsmemory wurde als Präsent der kleinen Helena überreicht, die sichtlich Spaß an den beiden Geschenken hatte.

Bescherung im vorfrühlingshaften Februar: Der VDP und die GdP machen es möglich. – Wir sagen nochmals: Herzlichen Glückwunsch, liebe Helena und viel Spaß mit deinen neuen Spielzeugen.

MS



BEZIRKSGRUPPE ZOLL

Kampf gegen moderne Lohnsklaverei: Eine Aufgabe für den Zoll

Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und findet auch in Deutschland und Europa statt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass allein in Europa 880 000 Menschen von Zwangsarbeit und Menschenhandel betroffen sind.

Häufig wird dieser Begriff allein mit sexueller Ausbeutung in Verbindung gebracht. Doch wie sieht es in anderen Arbeitssektoren, wie in der Fleischindustrie, auf dem Bau oder in der Hotellerie und Gastronomie, aus? Wie lässt sich Menschenhandel erkennen, Betroffenen helfen und was tut die Bundesregierung gegen diese Verbrechen? Diese Fragen diskutierte am 10. Februar 2014 ein vielseitig besetztes Podium unter Leitung von Ute Holzhey im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Inforadio des Senders RBB. Beate Andrees (Senior Policy Officer, Special Action Programme to combat Forced Labour, ILO) erläuterte zunächst die Situation von Ausbeutung im internationalen Vergleich, ließ aber keinen Zweifel daran, dass trotz deutlich höherer Zahlen in Asien und Afrika die Zahlen für Europa erschreckend hoch sind. Oberstaatsanwalt Harald Feles (Staatsanwaltschaft Potsdam) lenkte den Blick auf die zum Teil komplizierte Rechtslage und deren schwierige Beweisführung, die sich aus dem Tatbestandsgeflecht von Menschenhandel und den entsprechenden Betrugsdelikten des Arbeitsmarktes ergeben. Zoll und Polizei gäben ihr Bestes. Da aber die Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung zum Teil strafrechtlich zu Tätern würden, kann man selten auf deren notwendige Mitwirkung hoffen. Das erklärte auch Bettina Wagner, Beraterin im Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, die anhand verschiedener Beispiele erläuterte, dass neben der drohenden Strafverfolgung der Opfer auch deren soziale und wirtschaftliche Lage oftmals elendig ist. Die kriminellen Netzwerke der Ausbeuter sind so aufgestellt, dass große Abhängig-

keiten für die modernen Sklaven geschaffen werden, die von denen erst durchbrochen werden müssten. Menschen, die aber hohe existenzielle Ängste haben, öffnen sich nicht gegenüber Dritten, erst recht nicht gegenüber den Behörden von Zoll und Polizei. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Uli Grötsch, der selbst Polizeibeamter ist, ist zuversichtlich, dass in der laufenden Wahlperiode das Thema Menschenhandel und Ausbeutung der Arbeitskraft auf die politische Agenda gehört. Hierzu wären im Koalitionsvertrag auch deutliche Absichten formuliert. Im Rahmen der Diskussion machte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirksgruppe Zoll, Frank Buckenhofer, deutlich, dass das für den Zoll zuständige Bundesfinanzministerium, vor dem Hintergrund dieser menschenverachtenden und entwürdigenden Lohnsklaverei, endlich die wirksame Bekämpfung von illegaler Beschäftigung weniger unter dem Gesichtspunkt der wenig erträglichen Füllung der Steuer- und Sozialkassen betrachten soll, sondern vielmehr als einen wertvollen und für einen sozialen Rechtsstaat unverzichtbaren Kampf gegen Menschenhandel, Ausbeutung und Elend der Opfer. Diese werden viel zu schnell im Blick der Strafverfolgungsbehörden als Täter und auch als Pflichtige für die

Sozial- und Steuerkassen verfolgt, weil sie z. B. von ihren Peinigern geschickt in die Scheinselbstständigkeit gezwungen werden. Es geht hier in erster Linie um die Würde derjenigen Menschen, die in Deutschland ausgebeutet werden. Erst danach geht es um die Sozialkassen. Menschenhandel muss man deshalb von der illegalen Beschäftigungsseite bekämpfen. Hier ist der erste Ort, wo die modernen Sklaven aus dem Dunkeln ins Licht treten. Das geht aber nur mit einem möglichst hohen Kontroll- und Ermittlungsdruck. – Diesen Kampf muss der Zoll mit aller Kraft leisten.

NACHRUFE

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Alwin Boller

der am 27. Januar 2014 im Alter von 55 Jahren verstarb. Wir trauern um einen hoch geschätzten und anerkannten Kollegen, der als Bootshandwerker bei der Bundespolizei See in Neustadt seinen Dienst verrichtete. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Uwe Veldkamp – für die GdP-Kreisgruppe Küste*

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Siegmar Philipp

der am 21. Februar 2014 im Alter von 71 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstarb. Wir trauern um einen geschätzten und anerkannten Kollegen, der in seiner aktiven Zeit Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Dresden war. Unser Mitgefühl gilt der Ehefrau des Verstorbenen und seinen Kindern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Wolfgang Schmidt für die GdP-Kreisgruppe Pirna
Olaf Beyer für die GdP-Seniorengruppe Pirna*



VERNETZUNG

**Ready for take-off im Bundespolizei-
aus- und -fortbildungszentrum
Walsrode: Die Direktionsgruppe der
Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Flughafen Frankfurt informierte.**

Am 11. Februar 2014 folgten zahlreiche Anwärtinnen und Anwärter der Einladung der GdP-Kreisgruppe Bundespolizei aus- und Fortbildungszentrum Walsrode (WAL). Die Frankfurter GdP-Vorstandsmitglieder Judith Hausknecht und Joachim Jungk reisten eigens an, um unseren Kolleginnen und Kollegen den Dienstag an einem der größten Flughäfen Europas näherzubringen.

Der Grund für das Treffen war ein wenig erfreulicher Anlass für die Angehörigen des Laufbahnlehrgangs WAL 11: In diesem Jahr startet nämlich der überwiegende Teil der Absolventinnen und Absolventen des Laufbahnlehrgangs ihre Erstverwendung an der Schwerpunktdienststelle Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main (BPOLD FRA). Für die jungen Beschäftigten in der Bundespolizei bedeutet das oft einen großen Einschnitt in ihre persönliche Lebensplanung.

Umso dringlicher war es für den Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Walsrode, Jan Best, die GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main als kompetenter und professioneller Ansprechpartner für aufgeworfene Fragen und Sorgen der Angehörigen des WAL 11 zu gewinnen. Unsere GdP-Kollegen aus Frankfurt zeigten sich sehr interessiert zu den Problemen der An-

wesenden. Sie beantworteten ausführlich Fragen zur ersten Orientierung auf der Dienststelle und den Lebensbedingungen vor Ort. Dazu zählen u. a. Fragen zur angespannten Wohnnungssituation in Frankfurt als auch die Verwendung der Krankenversicherungskarte. Am Ende der Veranstaltung waren die jungen Kolleginnen und Kollegen begeistert von der guten Vernetzung der Gewerkschaft der Polizei und der fachlichen und persönlichen Unterstützung. Für ihre Zukunft in Frankfurt kennen sie nun schon ihre GdP-Vertreter, die ihnen dort weiter mit Rat und Tat zur Seite stehen werden.

Neben der Unterstützung der unmittelbar Betroffenen werden wir aber auch weiterhin gewerkschaftlich für mehr Berufsattraktivität in der Bundespolizei kämpfen. Fehlende regionale Nachwuchswerbung und Einstellung ist neben dem demografischen Wandel in der Bundespolizei der entscheidende Faktor, der schon



Ein gut besuchtes Auditorium und die Informationen kamen an. Für Transparenz und Unterrichtung sorgt die GdP. Und namentlich trugen bei dieser Veranstaltung (links im kleinen Bild, v. l. n. r.) Verantwortung: Joachim Jungk, Judith Hausknecht sowie Jan Best. Fotos: GdP

vor Beendigung der Ausbildung für Frustration sorgt.

Besser wird es auch nicht, wenn beispielsweise die Entscheidung über die Erstverwendung am 20. Dezember 2013 eröffnet wird und der Dienstantritt am 3. März 2014 erfolgt. Das muss sich ändern! – Wir in der Bundespolizei haben ein Recht auf Attraktivität für alle.

Der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Walsrode

WARTEZEITEN ZU LANG

Es gibt sie: Eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage verschiedener Bundestagsabgeordneter sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bearbeitungszeiten bei den Festsetzungsstellen zur Beihilfe (Bundestagsdrucksache 18/342 vom 24. Januar 2014).

Und sie gibt im Nachhinein den Forderungen des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) recht, hierzu Verbesserungen einzufordern. U. a. unsere GdP-Se-

niorengruppe hat dieses Thema immer wieder zum Gegenstand ihrer Einmischung und Beschlussfassung gemacht. Längere Bearbeitungszeiten zogen für unsere beihilfeberechtigten Kolleginnen und Kollegen nämlich nach sich, dass sie für entstandene Kosten in Vorlage treten mussten. Medikamente, die Arztbehandlung oder der Krankenhausaufenthalt konnten von Mahnungen und Gebühren bedroht sein, was den Betroffenen erhebliche finanzielle Belastungen bescherte. – Ausdruck fehlender Wertschätzung durch den Dienstherrn?

Zumindest konnte dieser Umstand – neben dem bürokratischen Aufwand – zu sozialen Härten führen und zunehmend wurden dem Parlament auch vorrangig aus dem Bereich der Versorgungsempfänger der Bundespolizei Sachverhalte bekannt, die eben aufgrund unzumutbar langer Bearbeitungszeiten zu den beschriebenen Auswirkungen führten.

Die Antwort der Bundesregierung weist nunmehr aus, dass für den Bereich der Versorgungsempfänger im vergangenen Jahr – jeweils ab Eingang des Beihilfeantrags – von Januar



WARTEZEITEN ZU LANG

2013 von 12,9 Arbeitstagen (im Durchschnitt) bis Dezember 2013 diese auf 5,4 Arbeitstage verkürzt werden konnte. – Auch ein Erfolg der beharrlichen Einflussnahme der Gewerkschaft der Polizei.

Anders sieht dies für das vergangene Jahr für unsere aktiven beihilfeberechtigten Kolleginnen und Kollegen aus. Hier lagen die durchschnittlichen Bearbeitungstage von Januar 2013 bis Dezember 2013 bei 13,1 bis 13,4 Arbeitstagen. In den Sommermonaten stieg diese Zeitdauer auch im Mai bis 24 Tage und im Juni sogar bis 28,4 Tage an. Für die GdP ist dies deutlich zu lang. –

Da geht noch was ... – mit Sicherheit.

So beabsichtigt die Bundespolizei einen zusätzlichen Beihilfefestsetzer einzustellen und ab einer Antragshöhe von 1500 Euro werden Beihilfeanträge umgehend bearbeitet.

Ob diese Kapazitäten ausreichen – und die Bundesregierung sieht das so – bleibt abzuwarten. Wir, als GdP, sehen dies nicht als ausreichend an, obwohl als Ziel erreicht werden soll, dass durchschnittlich nur noch 15 Bearbeitungstage zu Buche schlagen. Berechnet man noch die Überweisungsdauer als Gutschrift etc. hinzu, kommt man auf Zeiten, die

unsererseits stets als zu lang kritisiert wurden.

Die Fragestellung, ob im Beihilferecht eine Direktabrechnung bei besonders kostenintensiven Leistungen – insbesondere bei Krankenhausbehandlungen – ausgebaut werden soll, wird derzeit geprüft. Gegenstand der Prüfung ist auch, wie eine eventuelle Direktabrechnung ausgestaltet werden kann. Sobald uns etwas Konkretes hierzu vorliegt, werden wir über unsere Medien hierzu informieren.

Quintessenz: Was zum Positiven für die Versorgungsempfänger erreicht wurde, steht noch für aktiven Beschäftigten aus. – Wir bleiben dran.

VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

Jetzt haben wir ja eine vorläufige Haushaltsführung und deswegen traut sich keiner, Beförderungen auf den Markt zu geben; – hat mir mein Chef gesagt. Und deswegen muss ich immer noch warten, dass das endlich mal was wird, mit meiner Beförderung ...

Dann habe ich aber etwas in den Nachrichten im Fernsehen gesehen – und wieder etwas Hoffnung gehabt –, dass mein Gehalt auf andere Weise aufgebessert wird: Nämlich durch eine Gehaltserhöhung, aber da muss ich wohl erstmal ganz vorne anfangen:

Die Politiker im Deutschen Bundestag, die haben es ja gut. Die bestimmen selber über ihr Gehalt. Das nennen die zwar Diäten, aber im Gegensatz zu „Jekobe“ oder „Almusät“, oder wie das Pulver zum Abnehmen heißt, verliert man mit diesen Diäten kein Gewicht. Also haben die Abgeordneten der Bundestagsparteien von CDU, CSU und SPD die Absicht, die Diäten an die Gehälter der Richter anzupassen. Das wäre, so haben die das im Fernsehen gesagt, eine Erhöhung um ca. 10%. Ich habe mir gedacht, es wäre besser, die würden ihre Diäten an die Gehälter der Polizeiobermeister ankoppeln, dann könnte ich zukünftig auf die so lange ausgebliebene Beförderung zum PHM verzichten, denn – und da bin ich mir sicher –, wäre das Gehalt des POM angemessen. Ob das den Abgeordneten angemessen ist, stelle ich mal so dahin. Mir ist ja nicht bekannt, was die so arbeiten. Aber das mit der Anbindung an

die POM-Gehälter ist ja nur so eine Idee von mir und wird wohl nichts.

Dann habe ich aber in den Nachrichten etwas später gehört, dass die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes begonnen haben. Und die Gewerkschaften haben gefordert, dass jeder im öffentlichen Dienst 100 Euro monatlich mehr bzw. 3,5% mehr Lohn bekommen soll. Und darauf hat der Innenminister gesagt, dass er die Forderungen für völlig überzogen hält; und damit hat er nach meiner Auffassung vollkommen recht.

Ich finde auch, dass das völlig überzogen ist. Ich will nur keine Formulierung für die Vorstellungen zur Erhöhung der Diäten hier hinschreiben, weil ich mir damit mit Sicherheit ein Disziplinarverfahren „an den Hals“ hole.

Mein Chef meint nur, dass es ihm egal ist, was bei den Tarifierhöhungen rauskommt, aber dass die Politiker, kurz nachdem der Bundestag sich konstituiert hat, die Diätenerhöhung auf die Tagesordnung setzten, zeige ihm, dass es ... (und dann hat er mich gebeten, das Gesagte zu streichen und wie folgt fortzuführen:) ... nicht gut ist! Und dem Minister soll ich ausrichten, ... (das sollte ich dann auch ändern), dass er bei der nächsten Wahl nicht mehr CDU oder SPD wählt.

Ich denke mir, dass der Herr Innenminister irgendwie weltfremd ist, wenn er die Zusammenhänge nicht sieht. Wenn doch die Politiker mit ihrem Geld (ca. 9000 Euro) nicht über die Runden kommen, was sollen denn dann die vielen POMs in der Bundespolizei sagen?

ENGAGEMENT

320 Euro für einen guten Zweck:

Die Standortbetreuer der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bundespolizeiinspektion See Cuxhaven (BPOLI CUX) staunten nicht schlecht, als sie das Spendenglas öffneten, das seit Beginn der Weihnachtszeit 2013 mit der Aufschrift: „Weihnachtsspende zugunsten des Elternvereins Leukämie- und Tumorkranker Kinder e.V.“ herumgereicht wurde.

Rückblick: Auf der Mitgliederversammlung im Februar 2013 beschlossen unsere GdP-Mitglieder des Standortes BPOLI CUX – einstimmig – den Verzicht der Weihnachtsgratifikation zugunsten einer Spende dieser Summe für einen guten Zweck. „Wir haben bei Weitem nicht damit gerechnet, dass unsere Weihnachts-Spendenaktion auf ein so positives Echo innerhalb der BPOLI CUX stoßen würde“, so der Kassenwart der GdP-Kreisgruppe Küste, Michael Alka. Am Ende konnte eine Spendensumme von 320 Euro an den Elternverein Leukämie und Tumorkranker Kinder Bremen e.V. (www.kinderkrebs-bremen.de) überwiesen werden. – Im Namen der GdP-Kreisgruppe Küste bedanken wir uns bei allen Spendern für die tolle Unterstützung unserer Weihnachtsspendenaktion.

MA



GEEHRT

Ehrungs-Marathon bei der Kreisgruppe (KG) Flensburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP):

Jahresübergreifend konnten der KG-Vorsitzende Hans-Walter Kruppa sowie der stellvertretende Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Flensburg, Dirk Hansen, vier Mitgliedern die Dankurkunde für 25 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei nebst der Jubiläumsnadel sowie einem Geschenk überreichen.

Die beiden Vorsitzenden dankten unserer Kollegin Karin Schnitzke sowie den Kollegen Andre Reis, Michael Augustin und Jens Schnoor für 25



Gleiches gilt für die Ehrung von Andre Reis (rechts), der ebenfalls durch den Flensburger KG-Vorsitzenden beglückwünscht werden konnte.



Und auch Jens Schnoor (links) erhielt seine Urkunde zum 25-jährigen GdP-Jubiläum von Hans-Walter Kruppa (rechts).



Michael Augustin (rechts) erhielt aus der Hand von Hans-Walter Kruppa (links) seine Dankurkunde für seine Treue zur GdP.

Jahre Treue zur GdP und übermittelten auch die Grüße des Bezirksvorsitzenden. Wir – vom Vorstand der Flensburger GdP – wünschen euch alles erdenklich Gute, Gesundheit und Wohlergehen und danken euch für euer Engagement und die langjährige Treue.

Diesem Dank für eure gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.



Karin Schnitzkes (rechts) Glückwünsche und Ehrenurkunde wurden durch den stellvertretenden KG-Vorsitzenden Dirk Hansen (links) überreicht.
Fotos: GdP

Mitte Januar 2014 wurde unser Kollege Holger Wilms (rechts im Bild) für seine 25-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geehrt.



Foto: GdP

Dem Jubilar wurde die Dankurkunde und ein Präsent der GdP-Kreisgruppe Küste durch das Vorstandsmitglied Michael Alka (links im Bild) an seinem Arbeitsplatz – in den Räumlichkeiten des Gemeinsamen Lagezentrums See (GLZ-See) des Maritimen Sicherheitszentrums Cuxhaven (MSZ) – überreicht.

Holger Wilms versieht seinen Dienst im Schichtbetrieb in der Leitstelle der Bundespolizei See in Cuxhaven. Die Leitstelle der Bundespolizei See ist ein Führungsorgan der drei Seeinspektionen (Cuxhaven, Neustadt/Holstein und Warnemünde) innerhalb der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. Im Verlauf seiner langjährigen Erfahrungen an Bord der Einsatzschiffe der Bundespolizei See verfügt Holger Wilms über ein umfassendes Fachwissen und kann somit einen erheblichen Beitrag für

den Bereich der Gefahrenabwehr im Seegebiet der Nord- und Ostsee auf der Leitstelle leisten.

Wir von der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Küste, wünschen unserem Kollegen für seinen privaten und dienstlichen Lebensweg alles Gute, viel Erfolg und besonders viel Gesundheit. Dem Dank für seine gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch der GdP-Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

MA



PRESSEMELDUNG

KG WALSRODE

**Die aktuelle Debatte zur Steuerge-
rechtigkeit erhält wieder keinen
Tiefgang und bleibt an der Oberfläche.
Die Weiterentwicklung der Vollzugsbe-
reiche des Zolls zu einer schlagkräfti-
gen Bundesfinanzpolizei in Deutsch-
land ist eine klare Forderung der
Gewerkschaft der Polizei (GdP).**

In europäischen Nachbarländern gibt es bereits erfolgreiche Modelle. So fahnden beispielsweise italienische Finanzpolizisten gezielt an der Grenze zur Schweiz nach Steuersündern. „Während der italienische Finanzminister seiner straff organisierten Finanzpolizei den Auftrag erteilt, auf der Suche nach Steuersündern konsequent und gezielt unter den Lenkern von Luxuskarossen zu fahnden, wird in Deutschland schon der Begriff ‚Finanzpolizei‘ von seinem deutschen Amtsbruder Dr. Wolfgang Schäuble und dessen Ministerialbürokraten aufs Schärfste bekämpft“, so Frank Buckenhofer, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Zoll. „Dass deutsche Landesregierungen immer wieder von dubiosen Anbietern wertvolle CDs kaufen, um ihre Staatssäckel auf dem Weg der Repression zu füllen, kann sicherlich nicht schaden. Dennoch bleibt die Frage, warum keine der verantwortlichen Bundesregierungen der letzten zehn Jahre endlich das systematische Problem einer unzureichenden Verfolgung von Finanzdelikten in Angriff genommen hat“, so Buckenhofer weiter. Die GdP fordert bereits seit Jahren die Um-

wandlung der Vollzugsdienste des Zolls zu einer effektiven Bundesfinanzpolizei, um dadurch der wachsenden Wirtschafts- und Finanzkriminalität sowie dem Schmuggel von Rauschgift, Zigaretten und anderen gewinnträchtigen Waren Einhalt zu gebieten. Das für den Zoll zuständige Bundesfinanzministerium beharrt jedoch auf einer Definition des Zolls als reine Finanzbehörde, obwohl der Zoll mit seinen vollzugspolizeilichen Einheiten unverzichtbare Beiträge im Kampf gegen Terrorismus, Wirtschaft- und Finanzkriminalität und Schmuggel leistet.

Nach Auffassung der GdP sind bislang die Führung, die Aufbauorganisation und die strategische Ausrichtung des Zolls für diese Aufgabe vollkommen ungeeignet. Mit viel zu wenig Personal, schlechterer Bezahlung, geringeren Fortkommensmöglichkeiten fristeten die Zöllner an den Grenzen und im Zollfahndungsdienst ein Schattendasein hinter ihren Kollegen von Bundeskriminalamt und Bundespolizei. Zum Vergleich: In Italien verrichten 68 000 Mitarbeiter in der Finanzpolizei ihren Dienst. In Deutschland gibt es gerade einmal ca. 15 000 Vollzugsbeamte im Zoll.

Für eine effektive und systematische Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist die Schaffung einer schlagkräftigen Bundesfinanzpolizei unerlässlich, so die Gewerkschaft der Polizei in einer Presseerklärung im Februar 2014. – Nur so könne Betrügern, Hinterziehern und Schmugglern vereint mit der Polizei das Handwerk gelegt werden.

Bonus Plus mal anders ...

Unter diesem Motto nahmen stellvertretend für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Tarifbereichs und der Verwaltung die Kollegin Amanda Hoxholli (vorne links) sowie Olaf Krause (vorne rechts) die Präsente vom Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Walsrode, Jan Best (hinten links), und dem gewerkschaftspolitischen Sprecher für den Tarif, Karl-Heinz Behr (hinten rechts), gerne entgegen.



Foto: GdP

Bereits im Vorfeld der Neueinstellung „WAL 13“ (09/2013) beschloss der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Walsrode, die erworbenen „Bonuspunkte“ an die GdP-Mitglieder aus dem Bereich des Tarifs und der Verwaltung direkt weiterzugeben. Die Werber verzichteten dabei auf 25 Bonuspunkte pro erworbenes Mitglied in Form eines Gutscheins. Diese Gutscheine konnten nun gegen attraktive Prämien aus dem Bonus-Plus-Prämienprogramm eingetauscht werden.

JB

IN EIGENER SACHE

**Während des Zeitraums vom
25. bis zum 27. März 2014 findet
der 5. Ordentliche Delegiertentag
des Bezirks Bundespolizei der
Gewerkschaft der Polizei (GdP) in
Potsdam statt.**

Der GdP-Bezirk Bundespolizei präsentiert sich dort zu seiner Neuausrichtung für die nächsten vier Jahre, resümiert allerdings auch zu seinen Initiativen und Einflussnahmen aus den vergangenen Jahren. Umfassende Antragsberatungen, Beschlussfassungen sowie Neuwahlen stehen auf der Tagesordnung. – Der Redaktionsschluss zu dieser Ausgabe des Be-



zirksjournals lag jedoch vor dem o. a. Datum, sodass erst in unserer Mai-Ausgabe eine Berichterstattung hierzu erfolgen kann. Die aktuellen Informationen zum Delegiertentag können jedoch über unsere Homepage abgerufen werden.



DG FLUGHAFEN FRANKFURT/MAIN

Es erfolgten Ende 2013 ebenfalls Ehrungen in der Direktionsgruppe (DG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für langjährige Mitglieder am Flughafen in Frankfurt am Main anlässlich einer Mitgliederversammlung. Und nicht zuletzt auch im Nachgang bei denjenigen Kollegen, die nicht an dieser Veranstaltung



... Peter Blaskewitz (rechts im Bild), ...



... Michael Leinius (rechts im Bild) ...



Jeweils aus der Hand von Martin Schmitt als verantwortlichem GdP-Chef erhielten Holger Roß (links im Bild), ...

Fuchs, Carsten Herold, Uwe Klingenhöfer, Oliver Müller, Kersten Thielmann, Uwe Koch, Karsten Rudolf, Gunter Schneider, Thomas Smolek, Arne Smyk, Jörg Stamm, Markus Stampfer, Achim Stühmeier, Martin Hille, Andreas Manke sowie Dirk Vaupel. Diesem Dank für gewerkschaftliche Treue sowie den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. Als weiterer Themenschwerpunkt wurde zu den mannigfaltigen Initiativen der Frankfurter GdP zu den Neuregelungen zur Arbeitszeit berichtet. Der DG-Vorsitzende Martin Schmitt stellte vor, wie man sich aus dem Bereich Rhein-Main in diese Diskussionen und unterschiedlichen Einflussnah-

men einbrachte. Aufgrund unserer gewerkschaftspolitischen Initiativen insgesamt konnte letztendlich der „Zeitklausur“ für unsere im Schicht- und Wechseldienst eingesetzten Beschäftigten verhindert werden. Weiterer Erörterungsbedarf stellten die Überlegungen zu Minimierungen von Belastungsmomenten bzw. einer Organisationsanpassung im Terminal 1 dar. Die GdP erhielt den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass zu einer – wie auch immer gelagerten – Organisationsentscheidung überwacht wird, dass Belastungs-

anwesend sein konnten. Stellvertretend werden an dieser Stelle für alle Geehrten vier Kollegen abgebildet. Dank und Anerkennung für gewerkschaftliche Treue wurden – bzw. werden noch – daneben auch entrichtet an: Christian Commeiras, Peter Antons, Elmar Buhre, Ulrich Schneider, Michael Casties, Uwe

VERABSCHIEDUNG

Der 21. Februar 2014 wird unserem Kollegen und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bert Rettich (Bildmitte), hoffentlich in guter Erinnerung bleiben.



Foto: GdP

An diesem Tag absolvierte er auf der Bundesautobahn A 9, „Parkplatz Kuhberg“, seinen letzten Dienst als Kontrolleur des Bundesamtes für Güterverkehr. Zum Abschied aus dem aktiven Dienst überreichen die GdP-Mitglieder Thomas Kahlo (links im Bild) und Harry Röder (rechts im Bild) unserem Straßenkontrolleur Bert Rettich auf seiner letzten Kontrolle ein Geschenk. Der übergebene Organizer soll es ihm ermöglichen, seine Aktivitäten als ruheloser Rentner zu organisieren und im Überblick zu behalten.

Wir, der Vorstand der GdP-Güterverkehrspolizei des Bundes, schließen uns dem an und wünschen für den nun bevorstehenden Lebensabschnitt alles Gute, viel Gesundheit und weiterhin einen aktiven Kontakt zur GdP.

MM



... und Martin Hille ihre Dankurkunden sowie ein kleines Präsent zu ihren 25-jährigen GdP-Jubiläen. Fotos: GdP

momente tatsächlich minimiert werden und die Bedeutung von Wertschätzung für jeden Einzelnen – auch bei allen ökonomischen Überlegungen – wieder ins Bewusstsein aller Verantwortlicher rückt. Und, dass es nicht sein darf, dass „am Ende des Tages“ alles auf den Bereich der Kontroll- und Streifenbeamten „abgeschichtet“ wurde. Optimierungsbedarf gibt es bei der Betrachtung von Organisationsstrukturen; – über den Preis von Veränderungen und deren Sinn muss jedoch der Diskurs geführt werden.

MS

